

70 Argumente gegen Atomenergie

Die Zukunft gehört den Erneuerbaren Energien

NACHHALTIGER FORTSCHRITT



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

ALLGEMEIN

SOLIDARISCHE BÜRGERGEMEINSCHAFT UND DEMOKRATISCHER STAAT

NEUE WERTSCHÖPFUNG UND GUTE ARBEIT

DER VORSORGENDE SOZIALSTAAT

EINE FRIEDLICHE, FREIE UND GERECHTE WELTORDNUNG

NACHHALTIGER FORTSCHRITT

.....

- 05 **Vorwort**
- 07 **Argumente zu den Kosten**
- 10 **Argumente zu Sicherheit und Gesundheit**
- 17 **Argumente zum Atommüll**
- 20 **Argumente zur Versorgungssicherheit**
- 23 **Argumente zum Klimaschutz**
- 26 **Argumente zur Wirtschaftlichkeit**
- 28 **Fazit**

Vorwort



Dr. Matthias Miersch MdB

Sprecher der AG Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der SPD-Bundestagsfraktion



Marco Bülow MdB

Stellvertretender Sprecher der AG Energie und Berichterstatter für Atomenergie der SPD-Bundestagsfraktion

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Deutschland sollte ein Land der Zukunft sein. Wir in der SPD-Bundestagsfraktion sind der festen Überzeugung, dass ein zukunftsfähiges Land auch eine zukunftsweisende Energieversorgung benötigt. Die Weichen für eine solche Energieversorgung werden bereits heute gestellt. Erneuerbare Energien können als unerschöpfliche Quelle für eine umweltschonende, innovative und wirtschaftliche Energieversorgung in Deutschland unsere Zukunft sichern. Deshalb hat die SPD-geführte Bundesregierung schon vor zehn Jahren den Atomausstieg beschlossen und das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) eingeführt. In der Folgezeit ist Deutschland zum weltweiten Vorreiter im Bereich der erneuerbaren Technologien geworden. 340.000 Arbeitsplätze sind hier bisher entstanden.

Das Festhalten der schwarz-gelben Bundesregierung an der bereits im Jahr 2000 aufgegebenen Atomenergie gefährdet nicht nur diese Erfolgsgeschichte und damit die in der SPD-Regierungszeit begonnene Energiewende, sondern durch den weiter wachsenden atomaren Müll und die zunehmende Gefahr einer nuklearen Katastrophe auch uns und unsere Kinder. Die eindrucksvollen Demonstrationen gegen den unverantwortlichen Atomdeal von Schwarz-Gelb zeigen, dass die Mehrheit der Bevölkerung Atomenergie auch aus diesen Gründen weiterhin ablehnt.

In der emotional geführten Debatte um Atomkraft fallen die tatsächlichen Fakten oft kaum noch ins Gewicht. So verbreiten sich viele Halbwahrheiten. Mit der Broschüre „70 Argumente gegen Atomenergie“ möchten wir Sie auf wichtige Problemfelder rund um die Atomenergie hinweisen und mit Zahlen, Daten und Fakten unterlegen, weshalb Atomkraft nicht nur gefährlich, sondern auch rückschrittlich und teuer ist. So lässt sich mittlerweile nicht mehr darüber streiten, dass die Gewinne aus der Atomenergie hauptsächlich den vier großen Energiekonzernen zu Gute kommen. Alleine durch die Laufzeitverlängerung verdienen sie zweistellige Milliardenbeträge hinzu, während die Gesellschaft durch Subventionen für Forschung, Lagerung von Atommüll, verminderte Versicherungsbeiträge und viele andere Tatbeständen die Kosten dieser Technologien übernehmen muss.

Durch den Fortbestand der Atomkraft wird außerdem kein wesentlicher Beitrag zur Versorgungssicherheit oder einer Senkung der Strompreise in Deutschland geleistet. Sogar regierungsnahen Gutachten kommen zu dem Schluss, dass die Laufzeitverlängerung keinen signifikanten Einfluss auf diese Aspekte haben wird. Der von der SPD angestoßene Ausbau der Erneuerbaren Energien wäre bei konsequenter Fortführung ein Garant für eine sichere Stromversorgung in Deutschland und eine marktorientierte Bildung der Strompreise.

Wir hoffen, dass wir Ihnen mit dieser Broschüre eine Sammlung von Argumenten an die Hand geben können, die deutlich macht, weshalb mit einem Ausstieg aus der Atomkraft in Deutschland nicht die Lichter ausgehen, sondern eine bessere Zukunft beginnt.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Matthias Miersch
Marco Bülow

.....

Argumente zu den Kosten

1. Atomstrom ist für die Betreiber der Atomkraftwerke (AKW) günstig, weil die AKW abgeschrieben sind und der Steuerzahler die Atomenergie mit (je nach Schätzung) 45 bis 200 Milliarden Euro subventioniert hat. Die Bürgerinnen und Bürger profitieren aber nicht von den günstigen Produktionskosten für Atomstrom. Es erhöhen sich lediglich die Gewinne (bis zu 300 Millionen Euro pro AKW und Jahr) der vier großen Energiekonzerne. Das liegt daran, dass die Strompreise an der Leipziger Strombörse gebildet werden und das teuerste – in der Regel ein fossiles - Kraftwerk den Preis bestimmt.
 - In Baden-Württemberg, dem Bundesland mit dem höchsten Atomstromanteil (ca. 50 Prozent), ist der Strompreis nicht niedriger als in anderen Regionen Deutschlands.
 - Obwohl Deutschlands größter AKW-Betreiber e.on 2007 einen Überschuss von 5,1 Milliarden Euro erzielt hat, erhöhte das Unternehmen die Strompreise zum 1. Januar 2008 um bis zu 10 Prozent. Daraufhin stieg der Gewinn 2008 um weitere 500 Mio. Euro und trotzdem der Überschuss auch 2009 5,3 Mrd. Euro betrug, erhöhte e.on zum 1. Januar 2010 erneut die Strompreise.
2. Laufzeitverlängerungen führen - entgegen den Aussagen von AKW-Betreibern, Union und FDP - nicht zu niedrigeren Strompreisen. Selbst die von der schwarz-gelben Bundesregierung in Auftrag gegebenen Energieszenarien kommen zu dem Ergebnis, dass der Strompreis für die privaten Haushalte durch unterschiedliche lange Laufzeiten kaum beeinflusst wird.
3. Die öffentliche Hand bleibt auf einem großen Teil der nicht abschätzbaren Folgekosten der Atomenergie sitzen: Kosten für die Atomaufsicht, gescheiterte und aufgegebene Projekte (bisher ca. 9 Milliarden Euro), die atomaren Hinterlassenschaften der DDR (mind. 12 Milliarden Euro) und die Deckung der Restrisiken. Allein die Mehrkosten für den Rückbau der Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe (WAK) belaufen sich auf ca. 1,5 Milliarden Euro.



4. Durch die Endlagersuche entstehen dem deutschen Steuerzahler Kosten:
 - Endlagerforschung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi): 608 Millionen Euro (von 1973 bis 2005)
 - „Asse II“: mehrere Milliarden Euro (genaue Summe nicht bezifferbar, da keinerlei Erfahrungen mit der Sanierung eines instabilen Atommülllagers vorhanden sind)
 - „Schacht Konrad“: ca. 2,5 Milliarden Euro bis zur Inbetriebnahme (davon öffentliche Hand: 33,6 Prozent)
 - Gorleben: 1,5 Milliarden Euro (von 1977 bis Ende 2008, davon öffentliche Hand: 11,52 Prozent)

5. Durch Castortransporte entstehen dem deutschen Steuerzahler Kosten: Die deutsche Atomwirtschaft wird nicht an den Einsatzkosten der Polizei oder anderer Hilfsorganisationen beteiligt. Allein dem Land Niedersachsen sind durch die Transporte laut Landesrechnungshof zwischen 1996 und 2004 Kosten von 218 Millionen Euro entstanden. Insgesamt erwarten den Steuerzahler Kosten in Milliardenhöhe. Bei längerer Laufzeit muss noch mehr Atommüll transportiert werden, d. h. es fallen noch mehr Kosten an.

6. Die beliebig verwendbaren steuerfreien Rückstellungen in Höhe von derzeit rund 31 Milliarden Euro stellen ein jahrzehntelanges zinsloses Darlehen für die AKW-Betreiber dar, welches z. B. für die Übernahme von Wettbewerbern eingesetzt wird. Dies verstärkt den ohnehin bestehenden Konzentrationsprozess in der Stromwirtschaft, welcher u. a. ein Grund für die enormen Strompreissteigerungen ist. Dieses Steuerprivileg beläuft sich laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) auf mindestens 175 Millionen Euro im Jahr.
 7. Dadurch, dass Rückstellungen beliebig verwendbar sind, ist es nicht auszuschließen, dass diese durch Kurs- oder Konkursrisiken zum Zeitpunkt der Inanspruchnahme nicht mehr zur Verfügung stehen und gegebenenfalls die öffentliche Hand die Kosten für Rückbau und Endlagerung tragen muss.
 8. Durch die gesetzlich festgelegte niedrige Deckungsvorsorge der AKW-Betreiber pro Schadensfall (nicht pro Reaktor!) von 2,5 Milliarden Euro werden diese von den wirklichen Haftungsrisiken quasi freigestellt. Das Restrisiko liegt beim Steuerzahler. Eine alle Risiken abdeckende Haftpflicht würde zur Unwirtschaftlichkeit der Atomkraftwerke führen.
 9. Der GAU von Tschernobyl hat auch für Deutschland hohe Kosten verursacht:
 - Sanierung der Stahl-/ Betonummantelung um den Reaktorblock: mindestens 87,5 Millionen Euro
 - Hilfe des Bundes für die heimische Landwirtschaft wegen unmittelbarer Folgen des Unfalls: 238 Millionen Euro
 10. Durch internationale Verpflichtungen im Bereich Atomenergie entstehen dem deutschen Steuerzahler Kosten. Beispiele:
 - Deutscher Internationale Atomenergieorganisation (IAEO)-Mitgliedsbeitrag 1957-2008: 665 Millionen Euro
 - Deutscher Anteil an EURATOM 2008: 73 Millionen Euro
-

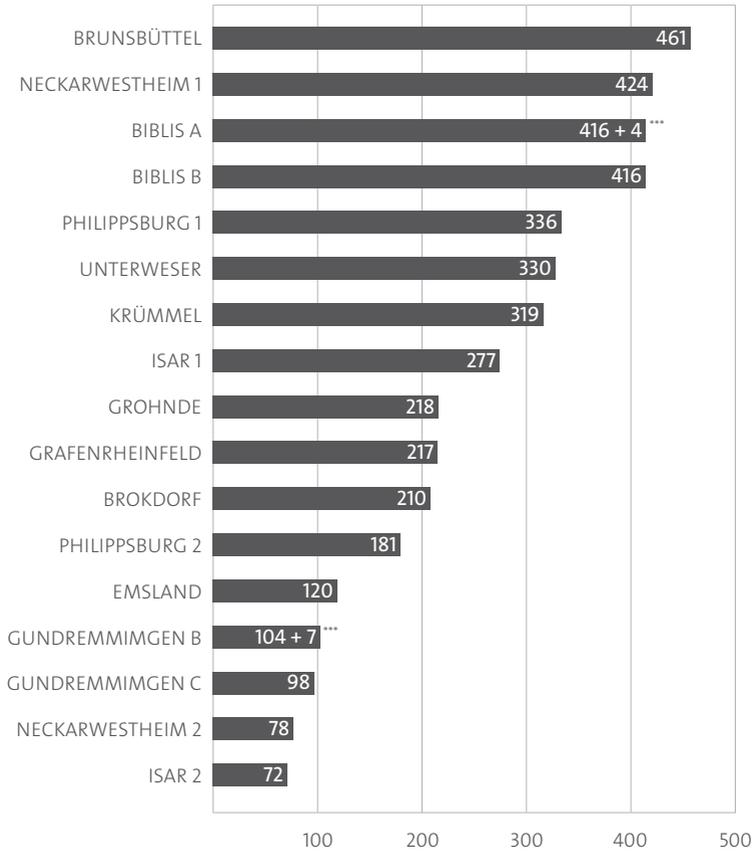
Argumente zu Sicherheit und Gesundheit

11. Die älteren Reaktoren wurden für eine Laufzeit von 25, nicht 40 oder 60 Jahren konzipiert. Die Sicherheit des Anlagenbetriebs nimmt mit längerer Laufzeit ab, denn auch Reaktoren altern (Korrosion, Risse an der Oberfläche oder an Schweißnähten im Reaktordruckbehälter, Materialermüdung). Mit zunehmenden Reparaturen und Nachrüstungen verlängern sich die Ausfallzeiten, die sichere Leistung sinkt.
12. Es gibt weltweit kaum Erfahrungen mit langen Laufzeiten. Im Durchschnitt werden die Reaktoren nach 28 Jahren vom Netz genommen - in der Regel aus Sicherheitsgründen. Bei einer zusätzlichen Laufzeit von ca. acht Jahren wird ausgerechnet der pannengeplagte Reaktor Biblis A frühestens nach insgesamt 44 Jahren abgeschaltet werden. Kein einziges der derzeit weltweit laufenden AKW hat dieses Alter erreicht.
13. Die Aussage, alte Atomkraftwerke seien genauso sicher wie neue, ist falsch. Alte AKW sind trotz aller Nachrüstungen allein aufgrund der Baukonstruktion (keine Kuppelform, unterschiedliche Wanddichten der Reaktordruckbehälter etc.) weniger sicher als neuere. So stellten Experten wiederholt fest, dass die Siedewasserreaktoren der Baulinie 69 Konstruktionsmängel aufweisen, die dazu führen können, dass die Reaktorkessel bei extremen Belastungen bersten. Deshalb ist der Beschluss, sogar die älteren Atomkraftwerke länger laufen zu lassen, besonders verantwortungslos.
14. Menschliches Versagen kann nirgendwo gänzlich ausgeschlossen werden. Routinenachlässigkeiten im Umgang mit Atomtechnologie können aber fatale Folgen haben.
15. Auch neue Atomreaktoren sind nicht so sicher, wie von den Herstellern behauptet. Dass beim Europäischen Druckwasserreaktor (European Pressurised Reactor - EPR) die Unfallfolgen auf das Innere des Reaktors beschränkt bleiben, wird von Atomkraftgegnern bezweifelt. Beim finnischen EPR-Reaktor-neubau Olkiluoto 3 konnte Greenpeace 700 eingebaute Sicherheitsmängel in einem dreiviertel Jahr Bauzeit finden. Selbst die finnische Strahlenschutzbehörde hat eingeräumt, dass der gesamte AKW-Neubau viel schwerer sei, als anfänglich geglaubt.

16. Die Betreiber verzögern (wie z. B. in Brunsbüttel) Sicherheitsuntersuchungen, da sie sehr wohl wissen, dass sicherheitstechnische Nachrüstungen nötig sind. Wirtschaftlicher Gewinn der Unternehmen geht also vor Sicherheitsgewinn für die Bevölkerung.
17. Unabhängigen Gutachtern wird kein Zugang zu Atomkraftwerken gewährt. Obwohl die Bevölkerung ein Recht auf Transparenz bei Sicherheitsbelangen von AKW hat, werden Sicherheitsfragen von den Betreibern als Geschäftsgeheimnis deklariert. Warum verhindern die Betreiber den Zugang, wenn sie der Überzeugung sind, dass ihre AKW sicher seien?
18. Die Zahl der Mitarbeiter in AKW bzw. Energieversorgungsunternehmen sowie der Wissenschaftler im Bereich AKW-Sicherheit ist seit den Boomzeiten in den 70er Jahren stark gesunken. Es werden immer häufiger unzureichend ausgebildete Zeitarbeiter beschäftigt.
19. Stetige Vorfälle und Sicherheitslücken zeigen, dass deutsche AKW keinesfalls störungsfrei und zuverlässig laufen. Brunsbüttel und Krümmel sind Beispiele hierfür.
20. Auch in anderen westlichen Ländern, in denen behauptet wird, man habe die sicherste Technologie der Welt, und deren Atomkraftwerke mit den deutschen vergleichbar sind, kommt es zu erheblichen Zwischenfällen. Die Liste ist lang. Hier nur vier Beispiele aus „Vorzeigeländern“:
 - In Großbritannien lief 2007 zeitweise nur ein AKW einwandfrei.
 - In Schweden kam es 2007 im AKW Forsmark zu einem ernststen Störfall.
 - Im französischen AKW Tricastin entwich im Sommer 2008 radioaktive Flüssigkeit.
 - In Japan musste 2007 nach einem schweren Erdbeben das weltweit größte Atomkraftwerk Kashiwazaki-Kariwa mit insgesamt sieben Reaktoren abgestellt werden. Bis Mitte 2009 brach acht Mal während der Vorbereitung zum Wiederanfahren des am wenigsten beschädigten Reaktors Feuer aus.
21. Es gab bisher keinen ausreichenden internationalen Informationsaustausch zwischen den Betreibern und den Herstellern von Atomkraftwerken. So war beispielsweise ein Teil der Sicherheitsprobleme im schwedischen AKW Forsmark bereits in einem finnischen Atomkraftwerk erkannt und beseitigt worden. Die Information darüber war aber nicht bei den Betreibern anderer europäischer Atomkraftwerke angekommen.

Sicherheitsrisiko Atomkraft *

Zahl der meldepflichtigen Zwischenfälle**
seit Inbetriebsetzung



* Quelle: Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), Stand 31.07.2010

** nach der internationalen Bewertungsskala INES bisher nur Zwischenfälle der Stufe 0 (geringe sicherheitstechnische Bedeutung), 1 (Abweichung vom sicheren Betrieb) und 2 (Störfall)

*** Ereignisse in gemeinsamen Einrichtungen der Doppelblockanlage

- 22.** Es gibt keine andere Technologie mit einem vergleichbaren Gefährdungspotenzial wie die Atomenergie. Kommt es einmal zu einem GAU in einem Atomkraftwerk, sprengt das Ausmaß der Zerstörungen und Folgen jeden Vergleich. Auch wenn die Eintrittswahrscheinlichkeit gering ist, so kann der Schadensfall nicht ausgeschlossen werden. Radioaktive Strahlung macht nicht an nationalen Grenzen Halt.
- 23.** Mit jedem zusätzlichen AKW und mit jedem zusätzlichen Jahr Betriebszeit erhöht sich die relative Wahrscheinlichkeit eines GAUs.
- 24.** Tschernobyl dokumentiert, welche Folgen ein GAU hat:
- In der Ukraine leiden noch immer 2,4 Millionen Menschen an den Folgeschäden.
 - 40 Prozent der Wälder dort sind verseucht.
 - Die Zahl der Todesopfer ist bis heute umstritten. Genannt werden zwischen 4.000 (Internationale Atomenergieorganisation) und 100.000 Todesopfern (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges).
 - Krebserkrankungen bei Kindern sind in den betroffenen Gebieten massiv gestiegen.
 - Der volkswirtschaftliche Schaden beträgt mehrere hundert Milliarden US-Dollar.
- 25.** Ein GAU im dicht besiedelten Deutschland bzw. West-Europa würde tragische menschliche Folgen haben. Große Teile des Landes wären nicht mehr bewohnbar. Zudem wäre der volkswirtschaftliche Schaden verheerend.
- 26.** Neben den genannten Schäden sind auch die psychischen Folgen nicht zu unterschätzen, welche sich durch die Möglichkeit späterer strahlungsbedingter Erkrankungen, durch Einbußen wirtschaftlicher Existenzgrundlagen oder durch die Umsiedlung aus den kontaminierten Gebieten in andere Regionen ergeben. In der wenig dicht besiedelten Ukraine wurden immerhin mehr als 300.000 Menschen umgesiedelt.



- 27.** Die epidemiologische Studie zu Kinderkrebs in der Umgebung von Kernkraftwerken kommt zu dem Ergebnis, dass das Risiko für Kinder unter fünf Jahren an Leukämie zu erkranken, zunimmt, je näher ihr Wohnort an einem Atomkraftwerk-Standort liegt. Ob die erhöhte Zahl an Leukämieerkrankungen tatsächlich auf die Atomkraftwerke zurückzuführen ist, kann nach derzeitigem Wissensstand noch nicht endgültig geklärt werden. Das Ergebnis gibt auf jeden Fall Anlass zur Sorge.
- 28.** Nach Ansicht des Bundesinnenministeriums hat sich die Wahrscheinlichkeit eines Flugzeugabsturzes auf ein AKW deutlich erhöht. Man kann seit dem 11. September 2001 nicht mehr – wie in den 70ern und 80ern - von einem zu vernachlässigenden Restrisiko sprechen. Im Jahr 2008 wurde diese Ansicht vom Bundesverwaltungsgericht bestätigt und den Bewohnern der Umgebung von Atomkraftwerken ein Klagerecht eingeräumt. Demnach können die Betroffenen per Klage den Schutz von Atommeilern gegen die Folgen von Flugzeugabstürzen fordern. Mit der Einführung des Paragraphen 7d Absatz 1 im Atomgesetz versucht die schwarz-gelbe Bundesregierung diesen Umstand per Gesetz nun wieder rückgängig zu machen.
- 29.** Eine Studie der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) kommt zu dem Ergebnis, dass keines der deutschen AKW hundertprozentigen Schutz vor Terrorangriffen aus der Luft bietet. Zehn Atomkraftwerke würden bei einem Kamikazeangriff schwere Schäden bis zu einer Kernschmelze davontragen. Auch bei den sieben moderneren Druckwasser-Reaktoren, deren Betonhüllen dem Flugzeugaufprall wahrscheinlich standhalten würden, wären die Folgen

im Inneren der Anlage durch die Erschütterungen nicht absehbar. Potenzielle terroristische Anschlagziele stellen auch die derzeit oberirdisch auf dem Gelände der jeweiligen Atomkraftwerke „gelagerten“ und lediglich durch einen Spezialbehälter geschützten abgebrannten Brennelemente dar.

30. Es kann bisher noch nicht einmal nachgewiesen werden, dass wenigstens der neueste Atomkraftwerkstyp EPR (European Pressurised Reactor) einem Terrorangriff aus der Luft standhält.
31. Die Betreiber haben bisher kein schlüssiges Sicherheitskonzept gegen Terrorangriffe aus der Luft vorgelegt. Eine Vernebelung der Anlagen allein ist nicht ausreichend, da sie nur für kurze Zeit möglich ist und mit moderner Navigationstechnik (GPS etc.) unterlaufen werden kann. Das Bundesverfassungsgericht hat zudem den Abschuss von entführten Verkehrsflugzeugen untersagt.
32. Atomenergie deckt nur einen Anteil von ca. 2 Prozent des weltweiten Endenergieverbrauchs. Wollte man mit Atomenergie einen nennenswerten Beitrag zur weltweiten Energieversorgung leisten, müsste man mehr als tausend AKW bauen, davon etliche in Ländern, die definitiv als politisch unzuverlässig oder instabil gelten.
33. Die Hochrisikotechnologie Atomenergie bedarf einer reibungslos funktionierenden Atomaufsicht. Durch ausgeprägte Obrigkeitshörigkeit und Korruption besteht in Staaten mit autoritären Regimen daher ein sehr hohes Sicherheitsrisiko. Nicht eingestandene Konstruktionsfehler oder aus politischer Gefälligkeit verschlammte Kontrollen können Tausende das Leben und die Gesundheit kosten. Es fehlen unabhängige Institutionen, die die Atomkraftwerksbetreiber kontrollieren. Niemand wird in einem Land Sicherheitsbedenken anmelden, in dem die politische Führung Atomenergie zur Prestigefrage gemacht hat. Man kann diese Staaten nicht von der Atomenergienutzung abhalten, wenn man sie selbst vorantreibt.
34. Die sogenannte friedliche Nutzung der Atomenergie schafft eine für militärische Zwecke nutzbare Infrastruktur. Verschiedene Länder haben zivile Atomprogramme angekündigt. Es ist kaum zu beurteilen, welcher Staat langfristig verantwortlich mit der Hochrisikotechnologie umgeht. Dass Atomtechnologie in falsche Hände geraten kann, beweist der Fall Abdul Qadeer Khan. Der „Vater der islamischen Atombombe“ hat inzwischen eingeräumt, in den vergangenen zwei Jahrzehnten Iran, Nordkorea und Libyen mit Zeichnungen und Anlagen für den Atombombenbau versorgt zu haben. Ausgebildet wurde er u. a. in Deutschland und Belgien und kam in den Niederlanden mit der Technik der Urananreicherung in Berührung.

35. Mit einem Ausbau der Atomenergie steigt durch die zunehmende Menge an kursierendem nuklearem Material auch das Missbrauchsrisiko. Allein für 2005 sind 103 Fälle von illegalem Handel mit atomarem Material dokumentiert. Wissenschaftler der Technischen Universität Darmstadt haben festgestellt, dass Uran deutlich leichter und schneller als bisher gedacht, so angereichert werden kann, dass es zum Bau von Atombomben zu gebrauchen ist.
 36. Bei der Wiederaufbereitung entstehen große Mengen hochgiftigen Plutoniums, mit dem Atombomben gebaut werden können. Es besteht die Gefahr, dass dieses Plutonium in die falschen Hände gerät. Ein Bericht der Projektgruppe International MOX Assessment (IMA) stellt fest, dass ein Laie für die Herstellung eines „schmutzigen“ Atomsprengsatzes mit reaktorgeeignetem Plutonium nicht mehr Spezialisierung benötigt als für den Bau einer Bombe mit waffengeeignetem Plutonium. Anleitungen findet man im Internet.
 37. Beim Abbau von Uran werden die Arbeiter und die in der Umgebung lebende Bevölkerung einem immensen gesundheitlichen Risiko ausgesetzt. Die weltweit größte Studie über Uranbergarbeiter des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) kommt auf ca. 7.000 erwartete radoninduzierte tödliche Lungenkrebsfälle bei etwa 59.000 erfassten Bergarbeitern. Da der Wind den radioaktiven Staub verteilt, sind ganze Landstriche verstrahlt und viele Unbeteiligte dem Staub schutzlos ausgeliefert. In der Umgebung von afrikanischen Uranminen wurden von unabhängigen französischen Wissenschaftlern stark erhöhte Werte von Radioaktivität gemessen.
 38. Wiederaufbereitung verschmutzt die Weltmeere. 1997 maß Greenpeace am Abflussrohr der Wiederaufbereitungsanlage in La Hague eine 17 Millionen Mal höhere Radioaktivität als in unbelasteten Gewässern.
-

Argumente zum Atommüll

- 39.** Die Endlagerfrage ist bisher weltweit ungelöst: In keinem der 30 Staaten, die Atomenergie nutzen, ist ein Endlager für hochradioaktiven Abfall aus Atomkraftwerken in Betrieb.
- 40.** Endlagerung wird niemals völlig sicher sein. Das zeigen massive Probleme im Atommüllendlager Morsleben und aktuell in der Schachanlage Asse II. Im ehemaligen Endlager-Forschungsbergwerk Asse wurden zwischen 2005 und 2008 77.000 Liter ausgetretene, radioaktiv kontaminierte Lauge ohne ausreichende Genehmigung entsorgt. Seitdem sind tausende Liter Lauge nachgeflossen. Die Sanierung des Bergwerks, welches entgegen der ursprünglichen Versprechungen weder standsicher noch trocken ist, und das Herausholen der rund 126.000 Fässer mit Atommüll werden immer teurer.
- 41.** Die Halbwertszeit von Uran-238, das den größten Anteil in einem abgebrannten Brennstab ausmacht, beträgt 4,4 Milliarden Jahre. Über so lange Zeiträume sind Veränderungen in der Erdkruste nicht mehr sicher prognostizierbar. So kam es in einem Zeitraum von 10 bis 50 Millionen Jahren in der Vergangenheit zur Entstehung der Alpen und des Oberrheinalgrabens sowie zur Erweiterung des Atlantiks. Wer garantiert die Sicherheit der Endlagerstätten über einen so langen Zeitraum? Kein Mensch kann vorhersehen, was in den nächsten 10.000 Jahren passieren wird.
- 42.** Niemand kann haftbar gemacht werden, wenn die Endlagerstätten sich weniger sicher erweisen als ursprünglich angenommen. Die Wahrscheinlichkeit, dass einer der Verantwortlichen dann noch lebt, ist äußerst gering.



43. Unter Berücksichtigung des Atomausstiegs werden allein in Deutschland im Jahr 2040 ca. 277.000 m³ schwach- und mittelradioaktive Abfälle sowie 29.000 m³ an hochradioaktiven Abfällen (entspricht ca. 17.200 Tonnen Schwermetall) angefallen sein. Mit jeder Stunde fortlaufenden Betriebs wächst die Menge an radioaktivem Müll. So verursachen die von der schwarz-gelben Bundesregierung beschlossenen Laufzeitverlängerungen zusätzlich ca. 4.500 Tonnen hochradioaktiven und ca. 10.000 m³ schwach- und mittelradioaktiven Abfall.
44. Der spaltbare Anteil bei Natururan beträgt nur 0,7 Prozent. Dieser geringe Anteil muss erhöht (angereichert) werden, um den Reaktor betreiben zu können. Der überwiegende Anteil des Urans, nämlich mehr als 80 Prozent, wird bereits bei der Anreicherung Abfall.
45. Der Gehalt an Uran in natürlichem Gestein beträgt in aktiven Minen zwischen 0,1 und 5 Prozent, so dass für die Gewinnung des Natururans riesige Mengen an Erz gefördert werden. Entsprechend große Mengen an radioaktiv kontaminiertem Abraum und Aufbereitungsrückständen („Tailings“) fallen an, müssen von Menschen ferngehalten werden, belasten auf Dauer das Grundwasser und geben radioaktives Radongas ab. Beim Ausbau der Atomenergie müssten Uranvorkommen mit geringerem Urangehalt ausgebeutet werden. Die Abraumhalden würden noch stärker zunehmen.

Wohin mit dem Atommüll in Deutschland? *



* Quelle: BfS, Stand Anfang 2008

Erläuterungen zu den Endlagern: In Morsleben wurden zwischen 1971 bis 1998 schwach- und mittelradioaktive Abfälle eingelagert. In der Schichtanlage Asse II wurden von 1967 bis 1978 schwach- und mittelradioaktive Abfälle zu Versuchszwecken endgelagert. Das Endlager „Schicht Konrad“ ist genehmigt. Nach der mittlerweile für 2019 erwarteten Fertigstellung sollen schwach- bis mittelradioaktive Abfälle eingelagert werden. Der Salzstock Gorleben wurde von 1979 bis 2000 auf die Eignung als Endlager für radioaktive Abfälle aller Art geprüft. Seither galt ein Moratorium. Die schwarz-gelbe Bundesregierung nimmt die Erkundung 2010 wieder auf.

Argumente zur Versorgungssicherheit

- 46.** Deutschland muss 100 Prozent des benötigten Urans importieren. Die Erneuerbaren Energien sind die einzigen Energieträger, bei denen Deutschland vollständig unabhängig von Importen ist und die gleichzeitig den Klimaschutz sichern.
- 47.** Uran ist ein seltener Rohstoff, dessen Reichweite ebenso begrenzt ist wie die von Öl und Gas. Zwischen 2000 und Juni 2008 ist der Weltmarktpreis von Uran auf das 20-fache gestiegen. Je mehr die Atomstromerzeugung ansteigt, umso früher erschöpfen sich die Uranvorkommen. Die Atomenergie bietet also keine langfristige Perspektive zur Energieversorgung. Die Erneuerbaren Energien sind dagegen unerschöpflich. Deren heute technisch nutzbare Potenzial übertrifft den derzeitigen weltweiten Energiebedarf um ein Vielfaches.
- 48.** Die beim Ausbau der Atomenergie erforderliche Ausweitung der weltweiten Uranförderung z. B. durch die Ausbeutung schwer zugänglicher Lagerstätten ist nicht nur sehr teuer, sondern auch mit einem erheblichen Energiebedarf und großen Umweltschäden verbunden.
- 49.** Generell führt der Klimawandel zu einer Zunahme extremer Klimaereignisse. Die Atomlobby verschweigt gerne, dass auch Atomkraftwerke nicht unabhängig von Umwelteinflüssen sind. Bei Wassermangel, zu hoher Wassertemperatur in den Flüssen oder im Fall von Überschwemmungen müssen sie ihre Leistung drosseln oder ganz abgeschaltet werden. Dann müssen sehr schnell große Produktionskapazitäten ersetzt werden. Gleiches gilt bei den sich häufenden Abschaltungen durch Sicherheitsmängel. Fallen z. B. in Atomkraftwerken in Frankreich, Europas größtem Stromexporteur, ein paar tausend Megawatt Kraftwerksleistung aus, ist die Versorgungssicherheit in Europa ernsthaft gefährdet. Stromausfälle sind dann nicht mehr auszuschließen.

50. Durch das hohe Sicherheitsrisiko bei einer Panne oder einem Defekt müssen Atomkraftwerke bei Störfällen teilweise sehr lange vom Netz genommen werden. Häufen sich solche Vorfälle, d. h. mehrere AKW müssen abgeschaltet werden, so sorgen AKW nicht für Versorgungssicherheit, sondern gefährden diese.
51. Neue Atomkraftwerke wie der EPR (European Pressurised Reactor) in Finnland haben eine Leistung von 1.800 MW und mehr. Fällt so eine Anlage aus, muss innerhalb von Sekunden Ersatz geschaffen werden. Ohne ausreichende Reserverleistung kann das Netz instabil werden und ausfallen.
52. Bei einem weiteren GAU kann sich die Stimmung in der Bevölkerung so extrem gegen Atomkraft wenden, dass ein schnelleres Abschalten als bisher vorgesehen nötig wird. Dadurch kann es zu Versorgungsengpässen kommen. Ein gezieltes Abschalten und die rechtzeitige Vorsorge durch Stromesparung und Ersatzkraftwerke sind empfehlenswert.

Wie man sich irren kann ...

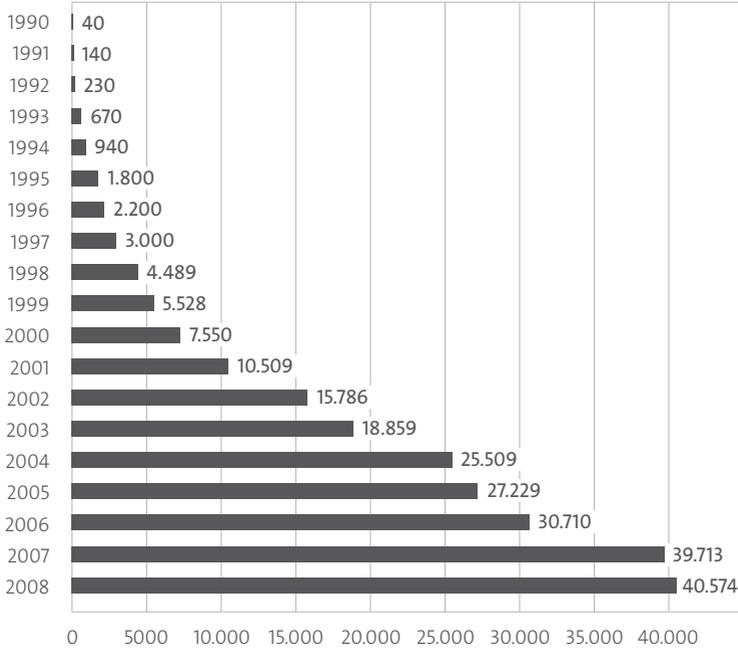
Noch am 22. Juni 1990 behauptete der Informationskreis Kernenergie in einer Anzeige in der Wochenzeitung DIE ZEIT, dass auf Grund der klimatischen Bedingungen in Deutschland Windenergie keinen wesentlichen Beitrag zur Stromerzeugung leisten kann. Dort heißt es:

„Die Dänen sind europäischer Spitzenreiter bei der Nutzung der Windenergie: 1988 wurde in Dänemark fast jede hundertste Kilowattsunde aus Wind erzeugt – das entspricht einem Anteil von 0,9 Prozent am gesamten Stromverbrauch. Eine vergleichbar intensive Nutzung der Windkraft ist in der Bundesrepublik wegen anderer klimatischer

Bedingungen nicht möglich. Am gesamten Stromverbrauch deckte die Windenergie 1989 nur einen Anteil von 0,03 Prozent ab. Wir sind daher auch weiterhin auf andere umweltfreundliche Formen der Stromerzeugung angewiesen, wie zum Beispiel die Kernenergie, deren Anteil derzeit bei 40 Prozent der Stromproduktion liegt.“

Strombereitstellung aus Windenergie * in Deutschland von 1990 bis 2008

Stromerzeugung (Endenergie) in Deutschland in Gigawattstunden



* Quellen: BMU auf Basis AGEE-Sat

Das Energieangebot aus Windenergie unterliegt natürlichen Schwankungen, die sich sowohl kurzfristig und saisonal als auch auf den gesamten Jahresenergieertrag auswirken.

Argumente zum Klimaschutz

53. Die Klima-Enquetekommission des Bundestages kam schon Anfang der 1990er Jahre einstimmig zu dem Ergebnis, dass die Atomkraft keinen Beitrag zur Lösung des Klimaproblems leisten kann.
54. Der Bau von Atomkraftwerken, Wiederaufbereitungsanlagen und Endlagerstätten ist mit CO₂-Emissionen verbunden.
55. Die Erschließung, der Abbau, Transport und Veredelungsprozess von Uran sowie die Aufbereitung der Brennstäbe verursachen erhebliche Mengen klimaschädlicher Gase.
56. Beim langwierigen, komplizierten Prozess des Rückbaus von Atomanlagen sowie bei der Suche, Erschließung, Nutzung und jahrhundertelangen Sicherung eines Endlagers wird CO₂ freigesetzt.
57. Da bei Atomkraftwerken die Abwärme ungenutzt bleibt, ist der Wirkungsgrad mit ca. 35 Prozent sehr viel geringer als bei Kraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung (ca. 90 Prozent). Die benötigte Wärme im Bereich Heizung und Warmwasser muss anderweitig erzeugt werden, was mit zusätzlichen Kohlendioxidemissionen verbunden ist. Die Klimabilanz eines Erdgas-Blockheizkraftwerks ist daher, laut einer Studie des Ökoinstituts, ähnlich gut wie bei einem AKW, wenn man die zusätzlich nötige Wärmeerzeugung auf Öl- oder Gasbasis berücksichtigt. Dabei umfasst die Studie beispielsweise nicht einmal die durch die Endlagerung verursachten Emissionen.
58. Die Atomkraftwerksbetreiber haben ihre Forderungen nach Laufzeitverlängerungen u. a. mit dem Argument Klimaschutz begründet, setzen aber gleichzeitig massiv auf die klimaschädlichste Form der Energieerzeugung: Braunkohle.
59. International betrachtet fehlt der Atomkraft das nötige Potenzial, um als Lösung für den Klimaschutz in Frage zu kommen. Die Atomkraft deckt weltweit nur einen Anteil von ca. 2 Prozent des Endenergieverbrauchs, während Erneuerbare Energien bereits auf einen Anteil von fast 20 Prozent kommen. Um den Anteil der Atomenergie auf bescheidene 6 Prozent bis 2030 zu erhöhen, müssten nach Untersuchungen des Österreichischen Ökologie Instituts 1.200 große

AKW mit je 1.000 MW Leistung gebaut werden. 20 Jahre lang müssten also jährlich 60 neue AKW in Betrieb gehen. Das ist doppelt soviel wie jemals pro Jahr gebaut wurde. Der Uranbedarf würde von 70.000 Tonnen Uran jährlich auf ca. 210.000 Tonnen steigen. Im Jahr 2030 wären dann bereits 4 Millionen Tonnen Uran verbraucht. Das sind in etwa die gesamten heute bekannten Uranvorräte. Zudem wäre ein solcher Ausbau viel zu teuer.

- 60.** Die zentralistische Struktur der Atomenergie verhindert den Umbau der Energieversorgungsstruktur hin zu klimafreundlichen, dezentralen Einheiten. Die schwer regelbare Atomkraft erschwert den dynamischen Ausbau der Erneuerbaren Energien. Allein die Ankündigung von Laufzeitverlängerungen hat dazu geführt, dass Investitionen in den Kraftwerkspark zurückgehalten wurden. Mit der Umsetzung des Atomdeals zwischen AKW-Betreibern und schwarz-gelber Bundesregierung wird sich diese Tendenz noch verstärken. Durch Laufzeitverlängerungen wird also die dringend notwendige Modernisierung der Energieversorgung verzögert.

Erneuerbare Energien leisten mehr zum Endenergieverbrauch als Atomkraft*

Deutschland 2009	Primärenergiebeitrag	Endenergieverbrauch
Atomenergie	11 %	5,5 %
Erneuerbare Energien	8,7 %	10,1%

Um wirklich den Beitrag zur Versorgung vergleichen zu können, muss man den Endenergieverbrauch heranziehen, da der in Statistiken oft genannte Primärenergiebeitrag auch die z. B. in Kühltürmen verpuffte Abwärme enthält. Bei Erneuerbaren Energien wird sinnvollerweise nur die bereitgestellte Endenergie (z. B. in Form von Strom) berücksichtigt und nicht die (z. B. von der Sonne gelieferte Einstrahlungs-) Primärenergie. Aus der Tabelle wird deutlich, dass durch die Betrachtung der Primärenergienmengen die Tatsachen verfälscht werden. Bei der realistischeren Endenergiebetrachtung liefern die Erneuerbaren bereits im Jahr 2009 über 90 Prozent mehr Energie als die Atomkraft. Bei der Primärenergiebetrachtung entsteht dagegen der Eindruck, die Atomenergie würde einen höheren Versorgungsbeitrag leisten.

* Quelle: BMU / Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik (AGEE-Stat)

- 61.** Mehrere neue Studien, z. B. das Gutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen (SRU) „100% erneuerbare Stromversorgung bis 2050: klimaverträglich, sicher, bezahlbar“ oder die Studie des Umweltbundesamtes (UBA) „Energieziel 2050: 100% Strom aus erneuerbaren Quellen“ belegen, dass die Einhaltung der Klimaschutzziele auch bei Beibehaltung des Atomausstiegs möglich ist. Selbst die Energieszenarien, die die Bundesregierung als wissenschaftliche Grundlage für die Erarbeitung ihres Energiekonzeptes in Auftrag gegeben hat, zeigen, dass eine Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent unabhängig von Laufzeitverlängerungen erreicht werden kann.
-

Argumente zur Wirtschaftlichkeit

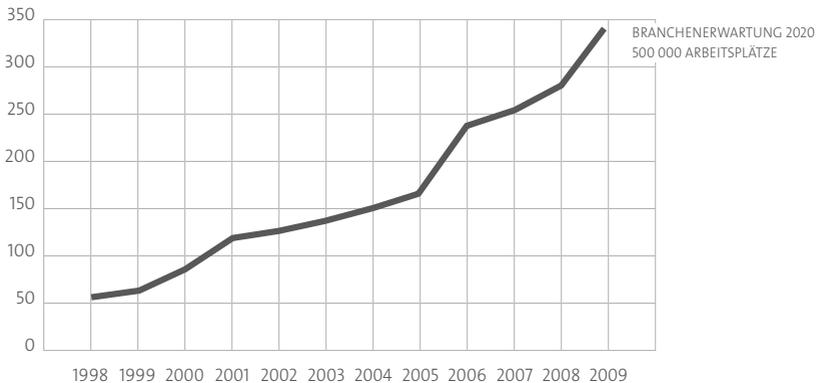
- 62.** Es gibt keine Renaissance der Atomenergie. In den letzten zwei Jahrzehnten sind deutlich mehr Atomkraftwerke vom Netz gegangen als neue hinzugekommen. 2008 wurde erstmals seit 42 Jahren kein einziger neuer Reaktor in Betrieb genommen. Insgesamt produzieren vergleichsweise wenige Länder Atomstrom, wogegen es einen weltweiten Boom bei den Erneuerbaren Energien gibt, bei denen Deutschland Weltmarktführer ist. So wurde 2009 weltweit 35 mal mehr Windkraft- (38GW) als Atomkraftwerksleistung (1,1 GW) neu ans Netz gebracht. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz hat sich zum Exportschlager entwickelt. Mittlerweile gibt es mehr Staaten mit einem solchen oder ähnlichen Förderinstrument als Staaten mit Atomkraftwerken. Bis zum Jahr 2030 erwartet selbst die „atomfreundliche“ Internationale Energieagentur (IEA) eine Verminderung des Anteils von Atomenergie an der gesamten (wachsenden) Stromproduktion von 15 auf 10 Prozent.
- 63.** Laufzeitverlängerungen zementieren das Oligopol der großen Energiekonzerne. Ein Abbau ihrer marktbeherrschenden Stellung auf dem Strommarkt wird erschwert. Stadtwerke können sich den Bau großer Kraftwerke nicht leisten. Neue dezentrale kleine Kraftwerke und Erneuerbare Energien fördern dagegen den Wettbewerb. Eine dezentrale Stromversorgung mit breiter Eigentumsstreuung (Stadtwerke, Privatbetriebe etc.) fördert den Mittelstand und stärkt die Kommunen.
- 64.** Durch Laufzeitverlängerungen wird die Investitions- und Innovationsdynamik der letzten Jahre bei der Entwicklung export- und zukunftsfähiger Technologien gebremst.
- 65.** Außerhalb Deutschlands produzieren nur fünf AKW vom einzigen deutschen Reaktorbauer Siemens Strom. Der aktuelle Bau des Atomkraftwerks in Finnland ist der erste Auftrag für Siemens seit 1982. Dieser bringt dem Konzern mindestens 500 Millionen Euro Verluste und führte bereits zu einer Wertminderung der Aktien.
- 66.** In der Atomindustrie sind nach Betreiberangaben direkt und indirekt 38.000 Menschen beschäftigt (Tendenz fallend), im Wirtschaftsbereich Erneuerbare Energien dagegen im Jahr 2009 bereits 340.000. Die Roland Berger Unter-

nehmensberatung erwartet, dass die Zahl im Jahr 2020 auf bis zu 500.000 Menschen steigt.

- 67** Die Investitionskosten für einen neuen Atomreaktor (derzeit mindestens 4-5 Milliarden Euro) sind so hoch, dass Atomkraftwerke erst nach sehr langer Laufzeit rentabel werden.
- 68.** Der Bau von Atomkraftwerken treibt ärmere Länder noch tiefer in die Schuldenfalle und bindet Kapital, das in Erneuerbaren Energien besser angelegt wäre. In Argentinien wird z. B. seit 1981 am Atomkraftwerk Atucha 2 gebaut. Bisher hat es keinen Strom produziert, aber zur hohen Verschuldung des Landes beigetragen.
- 69.** Im Jahr 2000 ist ein Vertrag zwischen der Bundesregierung und den Energiekonzernen, die Atomkraftwerke betreiben, über den Ausstieg aus der Atomenergie geschlossen worden. Die Betreiber haben unterschrieben, dass beide Seiten ihren Teil dazu beitragen werden, „dass der Inhalt dieser Vereinbarung dauerhaft umgesetzt wird“. Seriöse Vertragspartner halten sich an Verträge!
- 70.** Der Ausstiegsvertrag war schon ein Kompromiss, d. h. beide Seiten mussten von ihren Maximalforderungen abrücken. Man schließt keinen Kompromiss, um kurz darauf wieder seine alten Forderungen zu stellen. Dies ist unseriös und lässt auf mangelnde Vertrauenswürdigkeit schließen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird daraus ihre Schlüsse ziehen und sich ihrerseits in Zukunft nicht an von Union und FDP mit den Atomkonzernen ausgehandelte Verträge gebunden fühlen.

Erneuerbare Energien: Arbeitsplätze in 10 Jahren verfünffacht *

Zahl der Arbeitsplätze in Tausend



* Quellen: BMU/AGEE-Stat, ZSW, DIW, BEE, Stand: 10/2010

Fazit

Die Argumente gegen Atomenergie wiegen insgesamt so schwer, dass man die Atomenergie ablehnen muss. Selbst wenn man die Gefahren außer Acht ließe und alle anderen Nachteile ignorieren würde: Es gibt Alternativen zur Atomenergie, denen die Zukunft gehört.

Das nahezu unbegrenzte Potenzial der Erneuerbaren Energien in Verbindung mit den heute möglichen Einspar- und Effizienzmaßnahmen stellen Alternativen dar, die in fast allen Belangen der Atomenergie überlegen sind. Es ist eine Ausrede und ein Mythos, dass noch viel Zeit verstreichen wird, bis die Erneuerbaren Technologien auch umfassend Deutschlands Energieversorgung gewährleisten können. Allein die Zuwachsraten der Erneuerbaren Energien in den letzten Jahren beweisen das Gegenteil. Lag der Anteil der Erneuerbaren am Bruttostromverbrauch im Jahr 2000 noch bei 6,3 Prozent, so stieg er im Jahr 2009 auf über 16 Prozent. Bis 2020 soll der Anteil auf mindestens 35 Prozent wachsen.

Das Festhalten an der veralteten Atomenergie verzögert den Ausbau der Erneuerbaren Energien und behindert die Steigerung der Energieeffizienz. Dies ist durch etliche Studien renommierter Wissenschaftler immer wieder bestätigt worden. Die Verlängerung der AKW-Laufzeiten ist deshalb völlig absurd. Das Ignorieren wissenschaftlicher Expertise und die Nichtberücksichtigung wirtschaftlicher Interessen von kleinen und mittleren Energieversorgern zeigt deutlich: Die Laufzeitverlängerungen sind ein weiteres Beispiel einseitiger, rein lobbygesteuerter Politik der schwarzen Bundesregierung. Es geht hier nur um Besitzstandswahrung und Gewinne, die lediglich vier großen Unternehmen, deren Managern und Aktionären zu Gute kommen. Gerade die großen Energiekonzerne haben es versäumt, rechtzeitig in die Zukunftstechnologie Erneuerbare Energien zu investieren. Es war lange Zeit ihre vorherrschende Strategie, die alten Energiestrukturen zu verteidigen und die Zukunftsenergien zu bekämpfen.

Ein Aufhalten von nachhaltigen Zukunftsinvestitionen ist unverantwortlich. Wir brauchen Technologien, die neue Arbeitsplätze schaffen und unsere Energieversorgung langfristig sichern. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt deshalb auf eine Energieversorgung, deren Grundpfeiler Einsparung, Effizienz und Erneuerbare Energien sind. Die Potenziale in diesen Bereichen werden immer noch unterschätzt. Mit bewussten Falschmeldungen wird zudem versucht, die angebliche Unverzichtbarkeit von Atomenergie zu belegen. So ist zum Beispiel die Versorgungssicherheit durch den Atomausstieg nicht gefährdet. In den vergangenen Jahren kam es aufgrund von sicherheitsbedingten Abschaltungen mehrmals zu der Situation, dass zeitgleich

sechs oder sieben deutsche Atomkraftwerke keinen Strom ins Netz einspeisten. Dennoch war die Versorgungssicherheit zu jeder Zeit gewährleistet. Deutschland konnte in den zurückliegenden Jahren trotzdem zwischen 14 und 22 Milliarden Kilowattstunden Strom exportieren. Möglich wurde dies durch den starken Ausbau der Erneuerbaren Energien. Bei einem Verzicht auf Atomenergie entsteht also keine „Stromlücke“. Zu diesem Ergebnis kommt selbst der Monitoring-Bericht des atomfreundlichen Bundeswirtschaftsministeriums.

Es ist auch eine falsche Behauptung, dass die Erneuerbaren Energien generell nicht in der Lage seien, die Grundlastenergie bereitzustellen, weil beispielsweise der Wind nicht immer weht. Es ist möglich, eine bedarfsgerechte Stromversorgung durch eine Kombination verschiedener erneuerbarer Energieträger mit Speichertechnologien, einem verbesserten Nachfragemanagement und einer gesteigerten Energieeffizienz sicherzustellen. Unterschiedliche erneuerbare Energieträger lassen sich in sogenannten Kombikraftwerken zusammenschließen. Diese gewähren eine sichere und gleichmäßige Energieversorgung rund um die Uhr. Mehr noch: Im Gegensatz zu Atomkraftwerken können sie auch kurzfristig auf die schwankende Stromnachfrage reagieren.

Es ist erstaunlich, wie lange CDU/CSU und FDP die wirtschaftliche Relevanz der Erneuerbaren Energien ignoriert haben. Deutschland ist bei diesen Zukunftstechnologien Weltmarktführer. Die Erneuerbaren Energien sichern schon heute 340.000 Menschen – viele davon Facharbeiter – einen Arbeitsplatz. Diese Technologie ist deutlich arbeitsintensiver als die Atombranche. Zudem wird Strom aus Erneuerbaren Energien immer günstiger. Mittel- und langfristig werden Erneuerbare Energien dauerhaft den Strompreisanstieg dämpfen. Zeitweise drückt Windstrom an der Leipziger Strombörse sogar schon heute den gesamten Strompreis.

Die 70 hier angeführten Argumente belegen, dass Atomenergie aus ökonomischen, ökologischen und sicherheitspolitischen Gründen nicht zukunftsfähig ist. Die SPD-Bundestagsfraktion steht deshalb zum Atomausstieg. Der Ausstiegsbeschluss war ein Kompromiss, der Extrempositionen zusammengeführt und dadurch einen lange schwelenden gesellschaftlichen Konflikt beendet hat. Die vielen Demonstrationen und Aktionen gegen die Atompolitik der schwarz-gelben Bundesregierung zeigen, dass diese alten Konflikte wieder aufbrechen. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger lehnt die Verlängerung der AKW-Laufzeiten ab und ist nicht bereit – ausgerechnet in diesem sensiblen Bereich - der Lobbypolitik von Union und FDP zu folgen. Dies wird durch die Vielzahl an Initiativen und die überwältigende Zahl an Demonstrationsteilnehmern deutlich. Die SPD-Bundestagsfraktion wird an ihrer Seite stehen und solange gegen den schwarz-gelben „Atomdeal“ kämpfen, bis dieser zurückgenommen wird.

Mitglieder der AG Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Sprecher

Dr. Matthias Miersch

Stellvertretende Sprecher

Frank Schwabe

Ute Vogt

Weitere Mitglieder

Dirk Becker

Gerd Friedrich Bollmann

Marco Bülow

Oliver Kaczmarek

Dr. Bärbel Kofler

Stellvertretende Mitglieder

Sören Bartol

Martin Burkert

Rolf Hempelmann

Ulrich Kelber

Steffen-Claudio Lemme

Gabriele Lösekrug-Möller

René Rösper

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION,
PETRA ERNSTBERGER MdB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN,
PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

TEXT: MARK RUHRMANN | **STAND:** OKTOBER 2010

REDAKTION: ANJA LINNEKUGEL

HERSTELLUNG: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICKEITSARBEIT

FOTO: KLAUS VYHNALEK (TITEL), NARVIKK - ISTOCKPHOTO.COM (s. 8),
OLEG KOZLOV - FOTOLIA.COM (s. 14), PICTURE-ALLIANCE/DPA - BILD-
FUNK (s. 18)

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT
AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES
WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.